Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/968
28.10.2009

Rechtsausschuss

51. Sitzung (öffentlich)

28. Oktober 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:45 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug **5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9508

Ausschussprotokoll 14/945

Der Ausschuss **empfiehlt einstimmig,** den Gesetzentwurf **Drucksache 14/9508 anzunehmen.**

2 Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe **7**

Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Art. 66 S. 2 der Landesverfassung

Drucksache 14/9544

– keine Diskussion

Der Ausschuss **empfiehlt, kein Votum abzugeben.**

3 Verfassungsbeschwerde des Herrn W. gegen **8**

a) den Beschluss des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 25. Oktober 2004 – 5 A 2764/03 –,

b) das Urteil des Verwaltungsgerichts Minden vom 16. April 2003 – 11 K 671/02

1 BvR 2636/04

Vorlage 14/2888

– keine Diskussion

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen aller Fraktionen, **nicht Stellung zu nehmen.**

4 Gesetz zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen **9**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9878

Der Ausschuss **empfiehlt** einstimmig, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/9878 anzunehmen.**

5 Gesetz zur Modernisierung des nordrhein-westfälischen Sicherheitsrechts 12

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9386

Der Ausschuss **beschließt, nachrichtlich an der Anhörung teilzunehmen.**

6 Neubau einer JVA in Hagen 13

Vorlage 14/2908

7 Alkohol in der JVA Düsseldorf 15

Vorlage 14/2909

8 Verschiedenes

a) Gespräch mit dem Deutschen Anwaltverein 18

Bericht der Landesregierung

b) Impfung gegen „Schweinegrippe“ in Justizvollzugsanstalten 20

Bericht der Landesregierung

c) Fachambulanzen für die Nachbetreuung von Sexualstraftätern bzw. psychisch kranke Häftlinge in Bielefeld und Langenfeld 21

Bericht der Landesregierung

d) Ausschusssitzung am 25. November 2009 24

e) Informationsfahrt des Ausschusses nach Brüssel 25

Der Ausschuss **beschließt, am 8. Dezember 2009 eine auswärtige Sitzung durchzuführen.**

* * *

Aus der Diskussion

1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9508

Ausschussprotokoll 14/945

Der Gesetzentwurf wurde am 10. September 2009 im Plenum beraten und federführend an den Rechtsausschuss sowie mitberatend an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Vorsitzender Dr. Robert Orth erinnert daran, man habe in der letzten Sitzung beschlossen, die Beratungen heute zu beenden. Der mitberatenden Haushalts- und Finanzausschuss empfehle, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Monika Düker (GRÜNE) betont, sie teile den Ansatz des Gesetzentwurfs ausdrücklich, Leitungsfunktionen im Vollzugsdienst entsprechend zu besolden. Ihre Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen.

Ähnlich wie bei den Vollzugsbeamten verhalte es sich bei den 250 Mitarbeitern im Sozialdienst. Auch hier halte sie eine herausgehobenere Besoldung der Leitungsfunktionen für angemessen, also A14 statt A13.

Gerd Stüttgen (SPD) kündigt an, auch seine Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen. Allerdings müsse man hinterfragen, ob die Begrenzung der Besoldungsgruppe auf A11 wirklich angemessen sei. Zudem lassen man die Fachdienste außen vor.

Die Beantwortung seiner Frage nach dem gehobenen Dienst halte er für nicht befriedigend beantwortet. Nach einer Reform des öffentlichen Dienstrechts jedoch werde es die vier Laufbahngruppen in der bisherigen Form vermutlich sowieso nicht mehr geben.

Zutiefst bedaure man, dass es der Landesregierung noch immer nicht gelungen sei, ein Konzept bzw. Gesetzentwürfe für ein modernes öffentliches Dienstrecht vorzulegen. Hier gehe es aber zuvorderst darum, etwas für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen in den Justizvollzugsanstalten zu tun.

Auch seine Fraktion begrüße den Gesetzentwurf ausdrücklich, meint **Christian Möbius (CDU).** Anders müsse man die Fachdienste bewerten, da es im vorliegenden

Fall einzig auf die Verantwortung und die Zahl der untergebenen Bediensteten ankomme und nicht auf die Zahl der Gefangenen oder Patienten.

Monika Düker (GRÜNE) stellt klar, beim Fachdienst gehe es um dieselbe Frage, nämlich um eine unmittelbare Fachaufsicht der Fachdezernenten über ca. 250 Kolleginnen und Kollegen. Hier tue sich eine Gerechtigkeitslücke zwischen dem Vollzugsdienst und dem Sozialdienst auf. Sie gehe aber davon aus, dass Christian Möbius sie bewusst falsch verstehen wolle.

Der Ausschuss **empfiehlt einstimmig,** den Gesetzentwurf **Drucksache 14/9508 anzunehmen.**